

**Beschluss der Landesdelegiertenkonferenz
von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Niedersachsen
am 17./18. April 2010 in Northeim**

GRÜNE Landwirtschaft – ökologisch, fair und tiergerecht

Tierfabriken, nein danke!

Niedersachsen ist das Land der Massentierhaltung. Hier wird jedes dritte Schwein und jedes zweite Huhn in zum Teil qualvollen Ställen produziert, bislang überwiegend im Westen des Landes.

Das hat schwere Folgen für Umwelt, Bevölkerung und Tiere:

- Mehr als die Hälfte der Grundwasservorkommen in Niedersachsen, vor allem in den Massentierhaltungsregionen, sind jetzt schon mit Nitratwerten über den EU-Empfehlungen belastet. Um für viele Gewässer in Niedersachsen die Qualitätsvorgaben der Wasserrahmenrichtlinie zu erreichen, müssen die Stickstoffeinträge aus der Landwirtschaft deutlich reduziert werden.
- Deutschland überschreitet die seit Januar 2010 vorgegebene Emissionshöchstmenge für Ammoniak, insbesondere aus Tierfabriken, um mehr als 60.000 Tonnen.
- In den Massentierhaltungsregionen gibt es Hinweise auf eine Häufung von Atemwegserkrankungen, insbesondere bei Kindern. Nutztierstaub und milbenhaltiger Staub sind als sensibilisierende Stoffe nach der Gefahrstoffverordnung eingestuft und können zu chronischen Atemwegserkrankungen und Allergien führen.
- Tiere werden in den Agrarfabriken auf engstem Raum gehalten. So können nach Beschlüssen des Bundesrates bis zu 39 kg Masthühner auf einem Quadratmeter gehalten werden, das entspricht 20 bis 25 Hühnern. Federpicken, Fußballenerkrankungen und Kannibalismus sind die Folgen.
- Übermäßiger Medikamenteneinsatz, Kieferamputationen, Ferkelkastration ohne Betäubung und genmanipuliertes Futter sind in den Megaställen die Regel.

Gleichzeitig verschärft diese Form der Massentierhaltung Armut und Hunger auf der Welt. Gerade die kleinbäuerlich geprägten Gesellschaften in den Ländern des Südens sind die Opfer global agierender Agro-Konzerne. Die Ausweitung der Hühnermast in bisher ackerbaulich geprägte Regionen Niedersachsens dient vor allem dem Export auf den Weltmarkt, da der heimische Markt bereits weitgehend gesättigt ist. In Europa wird überwiegend nur das Hähnchenbrustfleisch verzehrt. Die Reste wie Flügel, Schenkel und Hälsen werden in einer Menge von 140 Mio. kg jährlich nach Afrika exportiert. Diese Hähnchenteile verlassen Europa tiefgefroren und stellen infolge fehlender Kühlketten auf dem afrikanischen Markt ein Lebensmittel äußerst fragwürdiger Qualität dar. Bis zu 85% dieser Fleischteile sollen nicht mehr für "den menschlichen Verzehr" geeignet sein und zerstören die einheimischen Märkte.

Die Europäische Union fördert diese perverse Fleischexportoffensive mit jährlich je 100 Millionen Euro für Geflügel- und Schweinefleisch. Dabei kassieren auch Catering-Unternehmen

der Lufthansa oder Kreuzfahrtenbetreiber hohe Agrarexportsubventionen ab, wenn sie mit hähnchen- oder schweinefleischhaltiger Bordverpflegung außerhalb der EU fahren oder fliegen.

Die CDU/FDP-Landesregierung fördert diese fatale Entwicklung noch durch Forderungen, nicht zugelassene genmanipulierte Futtermittel aus ehemaligen Regenwaldgebieten zuzulassen und Subventionen für die Massentierhaltung auszuweiten. Hunderte Millionen für die Umwelt vorgesehene EU-Agrarmittel werden für Stallbauten und die Infrastruktur der Massentierhaltung zweckentfremdet. Allein 2008 wurden Stallbauten in Niedersachsen mit 51 Millionen Euro gefördert.

In weiten Teilen Niedersachsens findet ein Ausbau der agroindustriellen Landwirtschaft und Massentierhaltung statt, unterstützt durch Werbekampagnen der schwarz-gelben Landesregierung. Mit EU-, Landes- und kommunalen Mitteln subventioniert, soll in Wietze im Landkreis Celle ein Riesenschlachthof mit der Kapazität von 135 Millionen getöteten Hühnern pro Jahr gebaut werden. Allein dafür sind 420 neue Mastfabriken mit jeweils knapp unter 40.000 Tieren im Osten und im Zentrum Niedersachsens entlang eines „Hühner-Highways“ notwendig.

Dabei werden Landwirtinnen und Landwirte oft nur noch zu LohnmästerInnen in Abhängigkeit von Agrarkonzernen wie Wiesenhof, Rothkötter und Stolle degradiert. Zahllose Arbeitsplätze in der bäuerlichen Landwirtschaft gehen verloren. Landschaft und Natur werden massiv beeinträchtigt. Der eigentlich vor Bauten und Erschließung zu schützende Außenbereich wird zersiedelt und mit Agrarfabriken zugestampft.

In vielen Orten wehren sich BürgerInneninitiativen, Landwirtinnen und Landwirte sowie KommunalpolitikerInnen gegen diese Entwicklung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Niedersachsen unterstützen den wachsenden Widerstand gegen diese Form der Tierhaltung, insbesondere im Netzwerk „Bauernhöfe statt Agrarfabriken“.

Der Stallbauboom wird durch die Verschlechterung der BürgerInnenbeteiligung und die Ausweitung des privilegierten Bauens für Agrarfabriken gefördert.

CDU, FDP und SPD haben 2007 in Bundestag und Bundesrat gegen unseren Widerstand die Genehmigungsvoraussetzungen für große Tierfabriken für Schweine und Hühner deutlich abgebaut. Die Privilegierung für landwirtschaftliche Betriebe nach § 35 BauGB wurde auch auf Betriebe ausgeweitet, die ihr Futter nicht von eigenen Feldern, sondern z.B. aus ehemaligen Regenwaldgebieten in Südamerika beziehen. Rot-grüne Vorgaben für mehr Tierschutz und BürgerInnenbeteiligung in der Landwirtschaft wurden gekippt. Die Mastdichte in Hühnerfabriken wurde nicht verbessert, sondern im Gegenteil sogar noch von 35 auf 39 kg pro m² angehoben. Deutschland hat seitdem die schlechtesten Standards bei der Genehmigung von Tierhaltungsanlagen in der ganzen Europäischen Union!

Hinzu kommen mangelnde Kontrollen und immer wieder von Tierschutzverbänden aufgedeckte Skandale wie das Lebendrupfen von Gänsen oder Hühnerquälerei bei Wiesenhof-Fangkolonnen.

Die CDU/FDP-Landesregierung fördert die Massentierhaltung auf eigene Art. So weicht sie vom Bundesnaturschutzgesetz ab und verhindert den Schutz von Bächen, Flüssen und Meeren vor Überdüngung und Giftstoffen durch den Verzicht auf Gewässerrandstreifen im Wassergesetz. Sie erlaubt das „fiktive“ Fällen von Bäumen, um noch mehr Stallbauten zuzulas-

sen und Abstandsregelungen zu schleifen. Und CDU-Agrarminister Ehlen empfiehlt PolitikerInnen, bei Protesten „auf Stur zu schalten“ statt kritische Kommunen bei der Verhinderung von Tierhaltungsanlagen in ihrem Gebiet zu unterstützen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine artgerechte, klimaschonende, faire und umweltfreundliche Landwirtschaft mit hoher Lebensqualität im ländlichen Raum. Dazu gehört eine Stärkung der BürgerInnenrechte und kommunalen Planungshoheit gegen Tierfabriken. Denn die große Mehrheit der BürgerInnen will keine qualvolle Massentierhaltung auf Kosten der Natur.

Wo die VerbraucherInnen, wie bei der von Rot-Grün durchgesetzten Eierkennzeichnung, eine klare Wahl zwischen Käfighaltung, Boden-, Freiland- und Ökohaltung haben und über die Missstände der Massentierhaltung informiert sind, verändern sie durch ihr Kaufverhalten die Produktionsweisen in der Landwirtschaft erheblich. Käfigeier mit der Kennzeichnung „3“ sind heute out und werden in immer mehr Supermärkten mangels Nachfrage ausgelistet. Nur im nicht gekennzeichneten Bereich der Eiprodukte (Nudeln, Backwaren etc.) werden – für VerbraucherInnen nicht erkennbar - überwiegend noch Käfigeier eingesetzt.

Ganz im Sinne schwarz-gelber Klientelpolitik weigern sich Bundes- und Landesregierung, die von Renate Künast eingeführte Kennzeichnungspflicht auch auf andere Produkte als Eier auszuweiten und verhindern weiter die Veröffentlichung der Namen von Betrieben, die bei diversen Gammelfleischskandalen gegen Tierschutz- oder Lebensmittelrecht verstoßen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Niedersachsen fordern deshalb:

- dass alle direkten und indirekten Subventionen für die Massentierhaltung abgeschafft werden und nur noch eine artgerechte und umweltverträgliche Tierhaltung gefördert wird;
- eine attraktive, ermutigende Förderung für Landwirte, die ihre Betriebe in zertifizierte Öko-Betriebe umstellen wollen
- dass die aufgeweichten Vorgaben zur Genehmigung von Agrarfabriken wieder verschärft werden und eine Pflicht zur Beteiligung der Öffentlichkeit und der Umweltverbände an diesen Genehmigungsverfahren eingeführt wird;
- dass, solange die Massentierhaltung unter industriellen Bedingungen stattfindet, diese in Gewerbegebieten anzusiedeln sind und sie dem Bundesimmissionschutz (BimS) unterstellt werden
- dass Agrarfabriken von der Privilegierung nach § 35 BauGB ausgeschlossen werden und diese auf bäuerliche Anlagen mit eigener Futterproduktion reduziert wird;
- dass die Entscheidungsspielräume der Politik erweitert werden, damit sie ihre politischen und planungsrechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen kann, um die Ansiedlungen agroindustrieller Betriebe wo immer möglich zu verhindern, und - wenn das nicht gelingt - auf Standorte mit geringst möglichen Auswirkungen auf Anwohner und Umwelt zu beschränken;

dass die EU-Vorgaben zur Reduzierung der Ammoniak-, Feinstaub- und Nitratbelastung aus der Landwirtschaft durch entsprechende Maßnahmen eingehalten werden;

- dass auch in Niedersachsen an allen Gewässern Randstreifen zur Reduzierung schädlicher Einträge in Flüsse und Meere verbindlich eingeführt werden;
- dass Verbraucherinnen und Verbraucher bei Lebensmitteln durch eine eindeutige Kennzeichnung klar erkennen können, aus welcher Produktion sie stammen;
- eine ausreichende Beschauzeit für Fleisch, das für den Verzehr bestimmt ist
- dass die Fleischschau wieder in öffentlicher Hand liegt und damit Qualität gewährleistet ist
- dass bestehende Tierschutzstandards stärker kontrolliert und Verstöße veröffentlicht werden müssen;
- dass Schlachtiertransporte nicht länger als vier Stunden dauern und eine deutliche Verbesserung und Kontrolle der Transportbedingungen im Sinne des Tierschutzes erfolgt
- dass anerkannte Tierschutzverbände in Niedersachsen ein eigenständiges Klagerecht bekommen;
- dass die Nutztierdichte und der Fleischkonsum in Niedersachsen zum Schutz von Umwelt, Natur und Welternährung auf ein verträgliches Niveau zurückgefahren wird;
- eine Agrarpolitik, die eine nachhaltige, umwelt- und tiergerechte Landwirtschaft wieder stärker fördert und so Bäuerinnen und Bauern Einkommensalternativen zur agroindustriellen Tierhaltung ermöglicht.